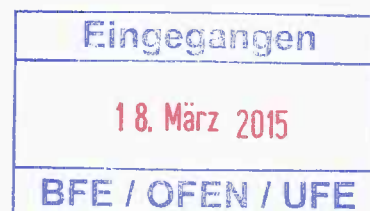


Bundesamt für Energie  
Sektion NE  
3003 Bern



E-Mail: [strategie-stromnetze@bfe.ch](mailto:strategie-stromnetze@bfe.ch)

Zürich, den 16. März 2015

### Strategie Stromnetze: Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. November 2014 haben Sie unserer Interessengemeinschaft ein umfangreiches Vernehmlassungspaket unterbreitet, das die Voraussetzungen für den erforderlichen Netzbau und –ausbau schaffen soll und ein bedarfsgerechtes Stromnetz zeitgerecht zur Verfügung stellen hilft. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und stützen unsere Eingabe auf Inputs unserer Mitglieder sowie auf Diskussionen innerhalb einer aus betrieblichen Frontleuten zusammengesetzten Arbeitsgruppe.

Obwohl es sich bei der Strategie Stromnetze um eine eigenständige Vorlage handelt, versteht sie sich offenbar auch als Teil der Energiestrategie 2050 (ES 2050; Erl. Bericht S. 9). Wir erlauben uns deshalb, Ihnen bei dieser Gelegenheit nochmals **unsere Grundpositionen zum Stromnetz**, welche wir seinerzeit bei der Lancierung der ES 2050 in einem umfassenden Positionspapier veröffentlicht hatten, in Erinnerung zu rufen:

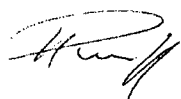
- Die nationale und internationale **Bedeutung des Übertragungsnetzes** ist unbestritten. Netze sollen zunächst optimiert, danach verstärkt und erst bei weiter ausgewiesenem Bedarf ausgebaut werden.
- Für den **Netzausbaubedarf** ist entscheidend, wie bei der dargebotsabhängigen Stromproduktion mit erneuerbaren Energien die Speicherung gelöst wird. Stromspeicherung soll zuerst lokal, dann regional und erst wenn zusätzlicher Bedarf besteht, überregional erfolgen. Der Netzausbau muss bedarfsgerecht erfolgen können.
- **Stromtransite** durch die Schweiz leisten einen viel zu kleinen finanziellen Beitrag an die Netznutzung
- Es ist nicht **verursachergerecht**, wenn der Netzausbau fast ausschliesslich durch inländische Endverbraucher bezahlt werden muss.
- **Grenzüberschreitende Transportkapazitäten** müssen versteigert werden können. Die Auktionen müssen für die Behebung der Engpässe im Übertragungsnetz verwendet werden.
- Mit dem **Ausspeisemodell für das NNE** subventionieren die Endverbraucher Speicherkraftwerke und Pumpspeicher.

- Der **Netzausbau auf Ebene Verteilnetz** wird in Zukunft hauptsächlich durch die volatile dezentrale Erzeugung aus Photovoltaikanlagen getrieben sein.
- Die **Einspeisungen aus erneuerbarer Energie** sind intelligent in die bestehende Netzinfrastruktur zu integrieren (**smart grid**).
- Die **Eigenverbrauchsregelung** ist sinnvoll. Die Netznutzungserträge der Eigenerzeuger gilt es fair zu gestalten und die anfallenden Netzkosten verursachergerecht zu verteilen.

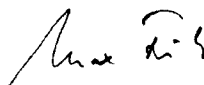
Unsere Organisation bzw. deren **Mitgliedfirmen** der energieintensiven und stromintensiven Endverbraucher aus der Papier-, Stahl-, Glas-, Zement-, Ziegel-, Giesserei- und Holzfaserindustrie sowie Teilen der Chemie- und Textilindustrie sind von der vorgeschlagenen Strategie und deren **Umsetzungsvorschlägen im EleG und StromVG** aus nahe liegenden Gründen **stark betroffen**. Es sind letztlich die industriellen Endverbraucher, auf welche die anstehenden **Investitionskosten überwältzt** werden und die von den damit verbundenen Strompreiserhöhungen in besonderem Masse und teilweise existenziell tangiert werden. Die **Netze** und die damit verbundenen Dienstleistungen sind erklärermassen **wichtige Kostentreiber im Stromversorgungssystem**. Und hier geht es bekanntlich darum, das Terrain für eine 18 Milliarden Investition zu ebnen. Die Kosten für den Aus- und Umbau der Netze werden zwar von den Netzbetreibern getragen. Diese können aber bekanntlich soweit sie als anrechenbar gelten, via Netznutzungsentgelte auf die Endverbraucher überwältzt werden (Erl. Bericht S. 69). Wie Sie im erläuternden Bericht (S. 73) selber festhalten, sind von den relativen Kostenerhöhungen insbesondere die energieintensiven Branchen betroffen. Zu diesen zählten nach Ihrer Leseart die Produzenten von Stahl, Papier, Zement. Wir legen deshalb **allergrössten Wert darauf, dass der Ausbau der Netzinfrastruktur nur bedarfsgerecht** und nicht aufgrund von politisch motivierten Wunschvorstellungen **vorangetrieben wird**. Wir sind auch nicht der Auffassung, dass „Autobahnen“ für Europa gebaut werden müssen. Wir sind skeptisch, ob eine zentralistische Instanz (der Regulator El-Com) als Beurteilungs- und Entscheidungsinstanz für den Ausbau der Netzinfrastruktur geeigneter ist als der bisherige föderalistische Ansatz, wo die Gemeinden und Kantone vor Ort entscheiden, ob eine Investition opportun ist. Wenn man den Netzausbau vorantreibt, sollen auch die **Engpässe beim Grenzübertritt abgebaut** werden. Das Market Coupling wird das Seinige dazu beitragen. Da Sie die Auswirkungen der Vorlage auf die energieintensive Industrie in Ihrem erläuternden Bericht im Gegensatz zur Netzebene 7 nicht näher quantifizieren konnten, müssen wir uns **schon heute eine Ausnahmeregelung bei den NNE für die energieintensive Industrie vorbehalten**. Selbstverständlich bleibt auch für uns die Zielsetzung der vorliegenden Strategie, die **Versorgungssicherheit und –qualität** sicherzustellen, ein **vorrangiges Anliegen**. Zudem **begrüssen wir grundsätzlich** die Absicht des Bundesrates, die Frage der Stromnetze politisch zur Diskussion zu stellen und die **Verfahrensbeschleunigungen nun an die Hand zu nehmen**.

Sie haben uns bei den Vernehmlassungsunterlagen auf einen **strukturierten Fragebogen** zu den **wesentlichen Punkten der Vorlage** hingewiesen und uns gebeten, diesen auszufüllen. Angesichts der Komplexität dieser Vernehmlassungsvorlage scheint uns diese Form der Meinungsäusserung durchaus vertretbar, weshalb wir Ihnen in der **Beilage den von uns beantworteten Fragen als integrierenden Bestandteil dieser Vernehmlassungseingabe** überlassen.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Bemerkungen und Fragebogenantworten entgegenbringen und grüssen Sie freundlich



Frank R. Ruepp  
Präsident



Max Fritz  
Geschäftsführer

# Strategie Stromnetze

## Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

**IGEB** Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen

#### Inhalt

Szenariorahmen.....	2
Bedarfsermittlung.....	2
Nationales Interesse .....	5
Räumliche Koordination .....	5
Bewilligung Projekte .....	6
Überprüfung Kosteneffizienz.....	8
Öffentlichkeitsarbeit.....	9
Geodaten .....	9

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

## Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Wertvoll, wenn Prognosen erstellt werden (Wahrscheinlichkeit/Szenarioausmass) .

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Möglichkeit zur ad-hoc Neubeurteilung muss bestehen.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Möglichkeit zur Ad-hoc Neubeurteilung muss bestehen (s. oben Ziff.2)

## Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

*Art. 9d Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Sofern damit das Gebot der Kosteneffizienz gewährleistet ist

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

*Art. 9c StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

*Art. 9e Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Weitere Betroffene = Endverbraucher

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

*Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Keine Stellungnahme durch Elcom, da diese dann in Ihrer Aufgabe als Regulator beschränkt würde. Der föderale preisdämpfende Loop würde wegfallen.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Siehe Punkt 9.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Siehe Punkt 9.

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☒ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Das Nationale Interesse gilt der Versorgungssicherheit der Endverbraucher in der Schweiz, dies beinhaltet nicht notgedrungen das ganze Versorgungsnetz. Zuerkennung auf weitere Anlagen (tiefere netzebene) grundsätzlich sinnvoll.

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

*Art. 15e – 15 j EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ notwendig   ☐ nicht notwendig   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Fachgremium soll Priorität haben.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

*Art. 18b EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ergänzung bei 18a Absatz 2: Betroffene Landeigentümer sollten ebenfalls Antrag auf Aufhebung von Projektierungszonen stellen können, wenn diese nicht mehr gebraucht werden.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Wenn dadurch beim BFE weniger Stellen besetzt werden.



18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Aber: Ersatzmassnahmen im Verteilnetz sollen erst dann realisiert werden, wenn die betreffenden Anlagen sowieso saniert (ersetzt, erneuert, ausgebaut) werden müssen. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ob die Massnahme geeignet und effizient ist, wird erst die Praxis erweisen. Wenn weniger Einsprachen gegen Leitungsprojekte erfolgen. Also Option sinnvoll.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

## Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Projektbezogene Infos sollen von den Netzbetreibern übernommen werden

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Sofern die Massnahmen der Zuverlässigkeit und Effizienz des Netzbetriebs dienen (Intelligenz statt Kupfer) und Messdaten diskriminierungsfrei qualifizierten Akteuren zur Verfügung gestellt werden.

## Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Bestehende Kanäle nutzen. Keine Sondersettings. Gemäss 9e müssen Betroffene einbezogen werden. Keine zusätzliche Netzaufgabe etc.

## Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

*Art. 26a EleG*

*Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Keine zu spezifischen Anlagendetails aus Sicherheitsgründen.

## An- oder Abmeldung

zur 48. Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes Bezirk Affoltern  
vom Mittwoch, 15. April 2015

Beginn: siehe Programm

☒ Ich nehme gerne teil , ab 14.00 Uhr .'

Name: MAX FRITZ, VZA1

☐ Begleitung

Name: \_\_\_\_\_

☐ Ich/Wir sind leider verhindert

Firma:

VZA1

*Beste Grüsse  
Max Fritz*

Bitte um Rückmeldung per Email oder Fax 044 762 60 41 bis spätestens 03. April 2015

IGEB, Bergstrasse 110, Postfach 1071, 8032 Zürich

CABB AG  
Düngerstrasse 81  
4133 Pratteln

Zürich, den 13. März 2015

### Rechnung Jahresbeitrag 2015

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Generalversammlung vom 9. März 2015 hat das Budget 2015 und das darauf basierende Beitragssystem für die Mitglieder einstimmig genehmigt.

Wir gestatten uns hiermit, Ihnen den entsprechenden Jahresbeitrag für das laufende Jahr in Rechnung zu stellen:

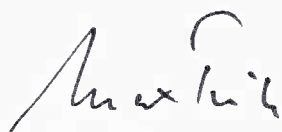
CHF 3'300.– als Grundgebühr  
CHF 6'952.– als Mitarbeiter abhängiger Beitrag

**Total: CHF 10'252.–**

Der CAP beträgt bei Verbänden CHF 25'000.–, bei Einzelfirmen CHF 15'000.–.

Wir bedanken uns bei dieser Gelegenheit einmal mehr für Ihre aktive Mitarbeit im Interesse und zum Wohle der energieintensiven Industrie und ihrer Betriebe in unserem Land.

Freundliche Grüsse



Max Fritz  
Geschäftsführer



Marlies Gross-Germann  
Buchhaltung

Beilage: Einzahlungsschein